

Mit soliden Finanzen für unsere Zukunft vorsorgen



Digitale LDK am 12.-13.12.2020

Antragsteller*in: Annette Kosakowski

Tagesordnungspunkt: TOP5.2 Grün wählen und Baden-Württemberg erhalten

1 Kapitel 4: Finanzen

2 **Mit soliden Finanzen für unsere Zukunft vorsorgen**

3 Wir Grüne stehen für eine Finanzpolitik, die das Landesvermögen sichert und
4 stetig ausbaut, die mit den Steuermitteln der Bürger*innen sorgsam umgeht und
5 die gleichzeitig in die Zukunft investiert. Indem wir unsere Schwerpunkte klug
6 setzen, sorgen wir dafür, dass genügend Mittel bereitstehen – für die
7 Kernaufgaben des Landes und die Herausforderungen der Zukunft.

8 In der Pandemie konnte Baden-Württemberg einen umfangreichen Rettungsschirm
9 aufspannen. Das war möglich, weil die Finanzpolitik der grün-geführten
10 Landesregierung zuvor Steuergelder mit Bedacht eingesetzt hat. Wir haben
11 Schulden abgebaut, klug investiert und vor allem Vorsorge für zukünftige Risiken
12 getroffen. Unsere Schuldenbremse sorgt dafür, dass die Haushaltspolitik
13 dauerhaft nachhaltig bleibt und das Land in Krisenzeiten dennoch handlungsfähig
14 ist.

15 Die wirtschaftlichen Folgen der Coronakrise haben entschlossenes Handeln
16 verlangt. Als grün-geführte Landesregierung haben wir ein Corona-Rettungspaket
17 mit gewaltigen Summen auf den Weg gebracht, um die Wirtschaft, einschließlich
18 der Kultur- und Kreativwirtschaft, zu stützen. So haben wir Konkurse und
19 Arbeitslosigkeit verhindert. Mit einem Förderprogramm für Innovationsvorhaben
20 bringen wir den Transformationsprozess voran. Unser Ziel: Durch Erneuerung
21 wollen wir gestärkt aus der Krise hervorgehen. Die hierfür eingesetzten
22 Milliarden auf Kreditbasis waren und sind in der katastrophalen Notlage, die
23 durch die weltweite Pandemie entstanden ist, gerechtfertigt. Ansparen gegen
24 diese Krise hätte die Wirtschaft noch tiefer in die Depression gerissen. Der
25 wirtschaftliche, gesellschaftliche und politische Schaden wäre ohne die nötige
26 Staatsverschuldung um ein Vielfaches höher gewesen. Klar ist auch: Die
27 aufgenommenen Schulden werden nach einem Tilgungsplan wieder abgebaut.

28 Mit der Landesvermögensrechnung haben wir 2017 ein neues Instrument eingeführt,
29 das es erstmals ermöglicht, die Vermögensentwicklung exakt zu messen und zu
30 steuern. Ein sorgsamer Umgang mit dem Landeseigentum bedeutet auch, Straßen,
31 Brücken und Gebäude zu erhalten und das Anlagevermögen des Landes zu stärken.
32 Daher haben wir das Bauprogramm des Landes ausgeweitet und umfangreiche
33 Sanierungsmittel bereitgestellt – für landeseigene Gebäude und Unikliniken, aber
34 auch für kommunale Gebäude wie Schulen.

35 Wir haben die Steuerverwaltung ausgebaut, digital fit gemacht und
36 Steuerschlupflöcher geschlossen. Eine gerechte Steuererhebung ist die Grundlage
37 der öffentlichen Haushalte. Wir haben den Service der Finanzämter für
38 Bürger*innen verbessert. Für die Grundsteuer haben wir mit der baden-

39 württembergischen Bodenwertsteuer ein gerechtes Modell gefunden, das wir
40 gemeinsam mit den Kommunen umsetzen.

41 Den weitaus größten Posten im Landeshaushalt machen die Ausgaben für Löhne und
42 Gehälter sowie für Pensionen aus, die das Land an Beamt*innen sowie
43 Richter*innen zahlt. Damit zukünftige Generationen Spielräume haben, haben wir
44 die Zuführungen zu den Pensionsfonds des Landes deutlich erhöht. Zudem haben wir
45 auf Kriterien der Divestment-Bewegung umgestellt. Das bedeutet: Die Rücklagen
46 legen wir nach hohen ethischen und ökologischen Standards an.

47 Inhaltlich haben wir die Finanzpolitik des Landes erfolgreich an Nachhaltigkeit
48 und Innovation ausgerichtet. So sorgen wir für unsere Zukunft vor. Wir haben den
49 Breitbandausbau und die Digitalisierung vorangetrieben und die Mittel der
50 Hochschulen deutlich und dauerhaft erhöht. Auch in den Arten- und Klimaschutz
51 investieren wir umfangreich. So haben wir den Flächenankauf für den Naturschutz
52 ausgeweitet. Das Land baut nachhaltig und setzt verstärkt Holz und recycelte
53 Baustoffe ein. Bei landeseigenen Flächen und Gebäuden achten wir auf den
54 Klimaschutz. Inzwischen haben wir hier auf mehr als 100.000 Quadratmetern
55 Photovoltaik installiert. Die CO₂-Emissionen der Landesgebäude konnten wir
56 gegenüber 1990 halbieren. Die Landesunternehmen orientieren sich an den
57 Klimaszutzzielen. Und mit der ForstBW hat der erste Landesbetrieb eine
58 Gemeinwohlbilanzierung vorgelegt.

59 Die Corona-Pandemie hat uns nochmals deutlich vor Augen geführt: Eine
60 vorausschauende Haushaltspolitik, die für Risiken vorsorgt und so im Krisenfall
61 handlungsfähig bleibt, ist elementar wichtig.

62 Die notwendigen Schutzmaßnahmen wirken sich auf die finanzielle Lage des Landes
63 aus. In den nächsten Jahren bekommen wir es mit einigen Unwägbarkeiten zu tun.
64 Sicher ist: Die Kreditaufnahmen, die zur Bekämpfung der Corona-Pandemie und
65 ihren Folgen notwendig waren, bringen hohe Tilgungsverpflichtungen mit sich. Sie
66 werden die zukünftigen Landeshaushalte belasten. Hinzu kommen weitreichende
67 Steuerausfälle der Jahre 2020 und 2021, die schon jetzt im Haushalt sichtbar
68 sind. Nicht absehbar ist, wie sich die Wirtschaft in den kommenden Jahren
69 entwickeln wird. Direkt davon hängt ab, mit welchen Steuereinnahmen Baden-
70 Württemberg rechnen kann.

71 Nach Jahren des stetig wachsenden Haushaltsvolumens stehen wir in Baden-
72 Württemberg vor der Herausforderung, mit weniger Geld mehr erreichen zu müssen.
73 Das Land steht in den kommenden Jahren vor zusätzlichen Aufgaben, etwa aufgrund
74 der sich verschärfenden Klimakrise. Dies kann nur gelingen, wenn wir den
75 eingeschlagenen Kurs fortsetzen und weiterhin sorgsam und klug haushalten.

76 **Grüne Finanzpolitik: transparent, nachhaltig, steuergerecht**

77 Beim Landeshaushalt setzen wir auf Transparenz: Bürger*innen in einer liberalen
78 Demokratie müssen jederzeit nachvollziehen können, wofür das Land ihre
79 Steuergelder einsetzt und wie sich Finanzen und Vermögen entwickeln.

80 Wir wollen, dass alle finanzpolitischen Entscheidungen am Kriterium der
81 Einhaltung des 1,5-Grad-Ziels und der globalen Nachhaltigkeitsziele gemessen

82 werden. Dabei wollen wir die sozialen und ökologischen Auswirkungen, aber auch
83 die Bemühungen um einen geschlechtergerechten Landeshaushalt noch deutlicher
84 sichtbar machen.

85 Baden-Württemberg soll nicht nur bei der Kreditwürdigkeit beste Noten bekommen.
86 Wir wollen auch bei Nachhaltigkeitsratings an der Spitze stehen. Die
87 Finanzanlagestrategie des Landes und die Landeshaushaltsordnung entwickeln wir
88 deshalb mit Blick auf die Pariser Klimaschutzziele sowie Umwelt-, Sozial- und
89 Menschenrechtsstandards weiter.

90 Die Grundstücke und Gebäude des Landes sind in einem guten Zustand. Und das
91 sollen sie auch bleiben! Wir stellen sicher, dass sie für künftige Generationen
92 bewahrt und vorbildlich bewirtschaftet werden. Damit leisten wir einen Beitrag
93 für den Erhalt der Artenvielfalt, für den Klimaschutz und den sozialen
94 Zusammenhalt. Ein wichtiger Baustein ist das Energie- und Klimaschutzkonzept
95 für landeseigene Liegenschaften. Dieses Konzept werden wir weiterhin konsequent
96 umsetzen und fortentwickeln. Da zusätzliche Flächen zusätzlichen Ressourcen- und
97 Energieverbrauch bedeuten, entwickeln wir Konzepte für eine effiziente Nutzung
98 der Gebäudeflächen in Behörden und Hochschulen.

99 Auch bei Beschaffungen des Landes und bei Förderprogrammen orientieren wir uns
100 an Kriterien der Nachhaltigkeit. Unternehmen, an denen das Land beteiligt ist,
101 bringen wir auf Klimaschutzkurs und stärken ihre Orientierung am Gemeinwohl.
102 Wir sind überzeugt: Was mit öffentlichem Geld unterstützt wird, muss dem
103 Gemeinwohl dienen!

104 Dass Baden-Württemberg die Corona-Krise gut meistern konnte, ist nicht zuletzt
105 ein Erfolg unserer starken mittelständischen Wirtschaft. Sie bringt Stabilität
106 und Innovationskraft zusammen. Nachhaltigkeit bedeutet für uns auch, die
107 Wirtschaft auf ihrem Weg in die Zukunft bei ihrem notwendigen Strukturwandel
108 bestmöglich zu unterstützen. Nur so bleibt Baden-Württemberg ein starkes Land,
109 das für die Aufgaben der Zukunft gerüstet ist.

110 Die Finanzierung der vielfältigen Aufgaben von Land und Kommunen steht und fällt
111 mit den Steuereinnahmen. Dabei ist uns Steuergerechtigkeit wichtig. Wir wollen
112 die Steuerverwaltung in allen Bereichen bis hin zur Steuerfahndung personell und
113 technisch gut ausstatten. Bei der Weiterentwicklung des Steuerrechts behalten
114 wir unsere sozialen und ökologischen Ziele fest im Blick.

115 So werden wir uns auf Bundesebene weiter für die Bekämpfung sogenannter "Share
116 Deals" einsetzen. Damit umgehen große Investor*innen häufig die
117 Grunderwerbsteuer, die dem Land zufließt, indem sie Gesellschaftsanteile
118 weitergeben.

119 Wir Grüne stehen für eine sorgsame und vorsorgende Haushalts- und Finanzpolitik.
120 Um unsere grünen Ziele zu erreichen, setzen wir an sechs zentralen
121 Stellschrauben an:

122 **Wir erhalten das Landesvermögen und entwickeln es weiter**

123 Das öffentliche Anlagevermögen umfasst Gebäude, Straßen und weitere
124 Infrastruktur. Wesentliche Grundlage einer nachhaltigen Finanzpolitik ist für

125 uns, diese zu erhalten und weiterzuentwickeln – zukunftsfähig und
126 generationengerecht. Wir wollen weiter kraftvoll investieren, sodass die
127 jährlichen Investitionen dauerhaft die Höhe der Abschreibungen übersteigen. Der
128 Vermögenserhalt hat für uns den gleichen Stellenwert wie die Schuldenbremse.

129 Nach wie vor gibt es einen über Jahrzehnte gewachsenen Sanierungsstau: bei den
130 Landesgebäuden, -liegenschaften und -straßen, bei den Hochschulen und
131 Unikliniken. Wir haben begonnen, diesen Sanierungsstau abzubauen. Es bleibt aber
132 noch viel zu tun. Diese „versteckten“ Schulden belasten künftige Generationen
133 und schränken ihre Gestaltungsspielräume ein. Deshalb hat es für uns Vorrang,
134 die Gebäude und die Infrastruktur im Land konsequent weiter zu sanieren und
135 instand zu halten.

136 **Keine ökologischen Schulden - wir setzen auf die „grüne Null“**

137 Die Finanzpolitik des Landes wollen wir konsequent an dem Ziel ausrichten,
138 unsere natürlichen Lebensgrundlagen zu erhalten und eine nachhaltige Entwicklung
139 zu fördern. Mehr noch als der Erhalt des öffentlichen Anlagevermögens ist der
140 Schutz des Klimas und der Artenvielfalt die existenzielle Grundlage einer
141 generationengerechten Politik. Unser Reichtum an natürlichen Ressourcen darf
142 nicht länger auf Verschleiß gefahren werden. Wir wollen eine erfolgreiche
143 Finanzpolitik nicht mehr an einer „schwarzen Null“ messen. Wir setzen vielmehr
144 die „grüne Null“ als Ziel. Das ist eine Finanzpolitik, die das Landesvermögen
145 erhält, notwendige Investitionen tätigt und zugleich auf ökologische Schulden
146 verzichtet. Dazu gehören auch rechtzeitige Investitionen zum Schutz vor
147 Klimafolgeschäden, denn sonst werden wir in Zukunft einen viel höheren Preis
148 bezahlen müssen.

149 Investitionen in den Klima- und Artenschutz bekommen Vorrang. Das Land hat
150 Vorbildfunktion, auch als Bauherr. Neben hohen Standards bei Energieeffizienz
151 und Baustoffen werden wir den systematischen Einsatz eines CO₂-Schattenpreises
152 von 180 Euro in diesem Bereich vorantreiben. Das bedeutet: Wir berechnen die
153 ökologischen Kosten, die gewöhnlich nach außen verlagert werden, und
154 berücksichtigen sie bei der Entscheidung über Bauvergaben und Beschaffungen.

155 Mit einem Green Bond Baden-Württemberg haben wir ein Anleihen-Programm
156 initiiert, mit dem Anleger*innen am Kapitalmarkt gezielt in ökologisch
157 nachhaltige Vorhaben des Landes investieren können. Wir machen damit keine neuen
158 Schulden. Vielmehr schichten wir bestehende konventionelle Finanzierungsformen
159 des Landes durch eine regelmäßige, jährliche Ausgabe von ökologischen Anleihen
160 sukzessive um.

161 Baden-Württemberg ist damit das erste Bundesland, das ökologisch nachhaltige
162 Anleihen nach den Kriterien der EU-Taxonomie für ökologisch nachhaltige
163 Wirtschaftsaktivitäten an den Markt bringt. Diese anspruchsvollen EU-Kriterien
164 waren im Sommer 2020 verabschiedet worden. Maßnahmen, die über Green Bonds
165 Baden-Württemberg finanziert werden, müssen einen substanziellen Beitrag zu den
166 sechs Umweltzielen der EU leisten. Sie werden damit zugleich für eine breitere
167 Öffentlichkeit und den Kapitalmarkt sichtbar und transparent.

168 Mit seinen Green Bonds spricht das Land gezielt die wachsende Zahl an
169 Investor*innen an, die mit hohem ökologischen Anspruch nach
170 Nachhaltigkeitskriterien investieren wollen. Zugleich befördert das Land damit
171 die Entwicklung des Markts für nachhaltige Finanzprodukte. Es wirkt als Vorbild
172 für die regionale Wirtschaft und andere staatliche Akteure.

173 Landesdomänen und -betriebe sowie Unternehmen, an denen das Land beteiligt ist,
174 werden wir noch konsequenter zur Einhaltung unserer Ziele des Klima- und
175 Artenschutzes verpflichten. Dabei gilt es, die gesellschaftsrechtlichen
176 Rahmenbedingungen zu beachten.

177

178 Wir wollen die Verteilung der Gelder des Wettmittelfonds von Toto-Lotto ändern:
179 Der Naturschutz soll als neuer Empfänger, so genannter „Destinatär“, eingeführt
180 werden, ohne dass die Mittel für die bisherigen Destinatäre Soziales, Kultur,
181 Denkmalpflege und Sport gekürzt werden.

182 Bevor wir den Landeshaushalt aufstellen, wollen wir künftig regelmäßig alle
183 Haushaltsposten auf ihre Vereinbarkeit mit dem 1,5-Grad-Ziel und dem Artenschutz
184 überprüfen. Dies betrifft insbesondere Subventionen, Förderprogramme und
185 Finanzhilfen. Das Ergebnis dieser Prüfung wird in die Haushaltsaufstellung
186 einfließen. Förderprogramme, die diesen Zielen entgegenstehen, wollen wir
187 gegebenenfalls neu ausrichten.

188 Bei den Pensionsfonds des Landes haben wir in der vergangenen Legislaturperiode
189 erfolgreich eine Divestment-Strategie implementiert. Bis zum Jahr 2022 werden
190 wir in der Finanzanlagestrategie des Landes die Ausrichtung auf das 1,5-Grad-
191 Ziel und die Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen per Gesetz verankern.
192 Das bedeutet, dass wir die Gelder des Landes aus Anlagen abziehen, die diesen
193 Kriterien nicht entsprechen. Für landeseigene Unternehmen und Unternehmen, bei
194 denen das Land größter Anteilseigner ist, treiben wir dies ebenfalls voran.
195 Dabei orientieren wir uns an der EU-Taxonomie für ökologisch nachhaltige
196 Wirtschaftsaktivitäten.

197 **Baden-Württemberg wird Marktplatz für Nachhaltigkeit**

198 Nachhaltigkeit im Finanzsystem – oder „Sustainable Finance“: Dafür setzen wir
199 uns ein. Den Finanzplatz Baden-Württemberg wollen wir bei dieser Entwicklung
200 unterstützen. Auf Bundes- und europäischer Ebene wirken wir darauf hin,
201 verlässliche Regeln und Investitionssicherheit für nachhaltige Geldanlagen zu
202 schaffen. So können wir die notwendige Transformation – von Geschäftsmodellen
203 und der Wirtschaft insgesamt – verlässlich gestalten und gleichzeitig die
204 Stabilität des Finanzmarktes erhöhen.

205 Eine Gemeinwohlbilanz macht transparent, wie die Wertschöpfung eines
206 Unternehmens zum Gemeinwohl beiträgt. Diese Bilanz liefert den Betrieben,
207 Einrichtungen und Institutionen selbst vertiefte Einblicke in die Nachhaltigkeit
208 ihres wirtschaftlichen Handelns. In dem Prozess werden Entwicklungspotenziale
209 und neue Strategien für die Zukunft sichtbar. Ökologische, soziale und
210 ökonomische Risiken können besser abgeschätzt werden. Zugleich schafft eine
211 Gemeinwohlbilanz eine hohe Transparenz für die Konsument*innen: Sie können ihre

212 Kaufentscheidung daran ausrichten, ob und in welchem Umfang ein Unternehmen mit
213 seinen Produkten und Dienstleistungen dem Gemeinwohl dient.

214 In Baden-Württemberg haben in den vergangenen Jahren immer mehr Unternehmen mit
215 dieser nachhaltigen Art der Bilanzierung begonnen. Wir wollen sie unterstützen
216 und diese Initiativen bekannter machen. Auch als Land wollen wir vorbildhaft
217 vorgehen. In den nächsten Jahren sollen alle Landesunternehmen eine
218 Gemeinwohlbilanz vorweisen, so wie es der Landesbetrieb Forst Baden-Württemberg
219 vormacht. Bis zum Ende der Legislaturperiode sollen mindestens zehn weitere
220 Landesbetriebe und Unternehmen mit Landesbeteiligung folgen.

221 Die Erkenntnisse, die dieses Pilotprojekt und die weiteren Schritte bringen,
222 werden wir allen interessierten Unternehmen zur Verfügung stellen. So wollen wir
223 dazu beitragen, solche nachhaltigkeitsorientierten Bilanzierungsformen weiter zu
224 etablieren.

225 **Für eine starke Finanz- und Steuerverwaltung**

226 Eine starke, hochqualifizierte und modern ausgestattete Finanz- und
227 Steuerverwaltung ist unser Schlüssel zu mehr Steuergerechtigkeit und soliden
228 Finanzen. Die Besteuerung muss gerechter werden. Dafür wollen wir das
229 Steuerrecht anpassen. Im Bund werden wir uns dafür einsetzen, kleinere und
230 mittlere Einkommen gezielt zu entlasten. Wir treten ein für eine konsequente
231 Ökologisierung des Steuerrechts und für mehr Geschlechtergerechtigkeit im
232 Steuerwesen. Die Grundsteuer wollen wir um eine „Grundsteuer C“ auf Bauland
233 erweitern. Damit schieben wir Bodenspekulationen einen Riegel vor und setzen
234 Anreize, innerörtliche Baulücken zu schließen.

235 Darüber hinaus setzen wir uns dafür ein, Steuerstraftäter*innen effektiv und
236 konsequent zu verfolgen.

237 **Für attraktive Arbeitsbedingungen im öffentlichen Dienst**

238 In den vergangenen Legislaturperioden haben wir die langjährige schwarz-gelbe
239 Politik des Stellenabbaus gestoppt. Wir haben die Finanz- und Steuerverwaltung
240 mit mehr Ausbildungsplätzen, zusätzlichen Stellen, Stellenanhebungen und einer
241 moderneren Ausstattung gestärkt. Wir haben kräftig in die Digitalisierung
242 investiert und Besoldung und Arbeitsbedingungen verbessert. All das hat die
243 Attraktivität für Bewerber*innen erhöht.

244 Diesen Weg wollen wir konsequent weitergehen. Es gibt noch viel zu tun – im
245 Wettbewerb um die besten Fachkräfte und den Nachwuchs genauso wie im Kampf gegen
246 Steuerhinterziehung. Unsere Schwerpunkte: offene Stellen schnell besetzen und
247 die Digitalisierung weiter vorantreiben.

248 Attraktiv bedeutet: Die Mitarbeitenden finden eine sinnstiftende Tätigkeit,
249 bestmögliche Arbeitsbedingungen und gute Verdienst- und Karrierechancen. In der
250 vergangenen Legislaturperiode haben wir viel dafür getan, zum Beispiel mit
251 tariflichen und besoldungsrechtlichen Maßnahmen. Aber auch Jobticket,
252 Radleasing, die digitale Ausstattung von Arbeitsplätzen und flexibleres mobiles
253 Arbeiten haben den öffentlichen Dienst attraktiver gemacht. Um gegenüber der
254 Privatwirtschaft konkurrenzfähig zu bleiben, werden wir diesen Weg konsequent

255 weitergehen. Wir wollen Baden-Württemberg zum attraktivsten Arbeitgeber unter
256 den Ländern machen!

257 Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf wollen wir noch weiter verbessern. Der
258 öffentliche Dienst muss sich vielfältigen Arbeitswelten und flexiblen
259 Arbeitszeiten anpassen. Und er muss sich an zeitgemäßen Maßstäben orientieren:
260 bei der technischen Ausstattung genauso wie bei Arbeitsorganisation,
261 Personalführung und -management. Die Digitalisierung der öffentlichen
262 Verwaltung ist eine wesentliche Voraussetzung dafür, dass Nachwuchskräfte sich
263 auch in Zukunft für den öffentlichen Dienst entscheiden.

264 Der öffentliche Dienst ist dann attraktiv, wenn sich hier die Vielfalt der
265 Gesellschaft widerspiegelt. Daher wollen wir Zugänge weiter öffnen. Wer sich
266 persönlich bewährt und entsprechend fortgebildet hat, sollte einen
267 Laufbahnwechsel ohne weitere Prüfungen vollziehen können.

268 Die sachgrundlose Befristung im öffentlichen Dienst wollen wir weiter
269 zurückdrängen. Wir wollen Lebensarbeitszeitkonten einführen, damit Beschäftigte
270 ihre Arbeitszeit an ihre individuelle Lebenssituation und ihre aktuellen
271 Bedürfnisse anpassen können. Beamt*innen wollen wir den Zugang zur gesetzlichen
272 Krankenversicherung erleichtern. Entscheiden sie sich dafür, sollen sie keine
273 höheren Beiträge zahlen müssen als Tarifbeschäftigte.

274 **Darum Grün!**

275 Wer Grün wählt, stimmt für

- 276 • ein kluges und sorgsames Haushalten sowie den Erhalt und die
277 Weiterentwicklung des Landesvermögens
- 278 • die konsequente Ausrichtung der Finanzpolitik an Nachhaltigkeit und
279 Klimaschutz
- 280 • attraktive Arbeitsbedingungen im öffentlichen Dienst, in der Steuer- und
281 Finanzverwaltung